Stand: 19.11.2025 03:16:56

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/25

"Wiederherstellung der Natur: Pläne der EU stoppen!"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 19/25 vom 28.11.2023
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/372 des UV vom 31.01.2024
- 3. Beschluss des Plenums 19/512 vom 22.02.2024
- 4. Plenarprotokoll Nr. 11 vom 22.02.2024



Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode

28.11.2023

Drucksache 19/25

Antrag

der Abgeordneten Ralf Stadler, Oskar Lipp, Harald Meußgeier AfD

Wiederherstellung der Natur: Pläne der EU stoppen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass die Pläne der EU zur sogenannten Wiederherstellung der Natur, das sogenannte Naturwiederherstellungsgesetz, nicht umgesetzt werden.

Begründung:

Der Vorsitz des Rates und die Vertreter des Europäischen Parlaments haben am 9. November 2023 eine vorläufige politische Einigung zur Verordnung über die "Wiederherstellung der Natur" erzielt. Ziel des Vorschlags ist es, Maßnahmen einzuführen, mit denen bis 2030 mindestens 20 Prozent der Land- und Meeresgebiete der EU und bis 2050 alle Ökosysteme, die der Wiederherstellung bedürfen, wiederhergestellt werden.

Es werden spezifische rechtsverbindliche Ziele und Verpflichtungen für die Wiederherstellung der Natur in jedem der aufgeführten Ökosysteme – von landwirtschaftlichen Flächen und Wäldern bis hin zu Meeres-, Süßwasser- und städtischen Ökosystemen – festgelegt.

Die Verordnung ist integraler Bestandteil der Biodiversitätsstrategie für 2030 und soll der EU dabei helfen, ihren internationalen Verpflichtungen nachzukommen.¹

Am 15. Juni 2023 wurde im EU-Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) über das Naturwiederherstellungsgesetz, dem Nature Restoration Law (NRL), abgestimmt. Nach einer Patt-Situation von 44 Ja- und 44 Nein-Stimmen wurde damit die Ablehnung des NRL abgelehnt. Für eine Ablehnung des Entwurfs wäre eine Mehrheit nötig gewesen.²

Mit einer knappen Mehrheit hat das EU-Parlament am 12. Juli 2023 seinen Standpunkt zum Gesetz zur Wiederherstellung der Natur angenommen (336 Ja-Stimmen, 300 Gegenstimmen und 13 Enthaltungen). Hier gab es vor allem Widerstand von der Europäischen Volkspartei (EVP), der stärksten Fraktion des Europaparlaments. Nach der Annahme des Standpunktes ist das Europäische Parlament nun bereit, Verhandlungen mit dem Rat der EU über die endgültige Form der Rechtsvorschriften aufzunehmen.³

Im sogenannten Naturwiederherstellungsgesetz sind u. a. folgende Forderungen enthalten: Vorgaben zur Renaturierung für Gewässer, Wald und Landwirtschaft. Die Umweltminister der 27 EU-Staaten haben sich auf eine gemeinsame Position geeinigt. Die EU-Länder sollen beispielsweise Maßnahmen ergreifen, um bis 2030 mindestens

Wiederherstellung der Natur: Rat und Parlament erzielen Einigung über neue Vorschriften zur Wiederherstellung und Erhaltung geschädigter Lebensräume in der EU - Consilium (europa.eu)

https://www.agrarheute.com/politik/naturschutzplaene-eu-verhandlungsmarathon-findet-kein-ende-607936

^{3 &}lt;a href="https://www.naturschutz-energiewende.de/aktuelles/die-eu-verordnung-zur-wiederherstellung-der-na-tur/">https://www.naturschutz-energiewende.de/aktuelles/die-eu-verordnung-zur-wiederherstellung-der-na-tur/

30 Prozent der sich "in schlechter Verfassung befindlichen Lebensräume" wieder in einen guten Zustand zu bringen.

Die Landwirtschaft ist vom NRL besonders betroffen. Hier gilt das Ziel, dass bis zum Jahr 2050 20 Prozent der Fläche renaturiert werden sollen. Auf den bisher landwirtschaftlich genutzten Flächen sollen sogenannte Landschaftselemente verstärkt, also Hecken und Bäume gepflanzt oder Steinwälle und Tümpel angelegt werden, sodass sich Insekten und Vögel wieder stärker vermehren können. Die Bauern befürchten neue Vorschriften bei der Bewirtschaftung, ferner befürchten sie, Anbauflächen zu verlieren und dafür am Ende auch keinen finanziellen Ausgleich zu bekommen.

Die verschiedenen Nichtregierungsorganisationen (NGO) aus dem Umweltbereich haben über eine Petition 800 000 Unterschriften gesammelt für die Gesetzesinitiative. Im EU-Haushalt sind bereits Mittel für die Umsetzung der Maßnahmen vorgesehen.

Bund Naturschutz Bayern äußerte sich dazu wie folgt:

"Dass die Landwirte nämlich für die Leistungen bezahlt werden, die über die Nahrungsmittelproduktion hinausgehen, dass sie etwa den gesunden Boden erhalten, das Wasser erhalten, dass sie die Artenvielfalt fördern und für den Klimaschutz entsprechend beitragen."

Auf renaturierten Moorflächen ist zwar kein Ackerbau mehr möglich, aber nasse extensive Beweidung und andere Bewirtschaftungsmöglichkeiten seien laut BUND möglich und würden vom Freistaat gefördert.⁴

Wenn das Gesetz schließlich auch im Trilog, also dem endgültigen Abstimmungsverfahren aller EU-Organe beschlossen wird, dann haben die Mitgliedstaaten noch zwei Jahre Zeit, um es in eigenes nationales Recht umzusetzen. Aus Sicht der Dachorganisation der europäischen Bauern- und Genossenschaftsverbände Copa-Cogeca ist der Gesetzentwurf schlecht ausgearbeitet und sie setzten sich daher für eine Ablehnung im EU-Parlament ein.

Die ohnehin schon durch zahlreiche EU-Vorgaben belasteten Landwirte, Forstwirte und Fischer würden weiter unter Druck geraten, wenn sie das Gesetz mit den vorgenommenen Änderungen umsetzen müssten. Deshalb ist es im Sinne der bayerischen Landwirtschaft erforderlich, dass die Staatsregierung mit allen verfügbaren Mitteln das Zustandekommen dieses Gesetzes verhindert.

Die Agrarflächen müssen gerade in Zeiten global unsicherer Nahrungsmittelversorgung für die Nahrungsmittelproduktion erhalten bleiben.

Je nach Betrachtungsweise kann man ca. 50 bis 70 Prozent der weltweiten Landoberfläche diesen anthropogenen Landschaften zurechnen. Etliche Kulturlandschaften im deutschsprachigen Raum wurden sogar in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes aufgenommen, da sie durch ihren "außergewöhnlich universellen Wert" besonders erhaltenswert sind.⁵

Bayern besteht zum größten Teil seit Jahrhunderten aus Kulturlandschaft und soll keine Wildnis werden!

⁴ https://www.br.de/nachrichten/bayern/wiederherstellung-der-natur-plaene-der-eu-und-stimmen-aus-bayern,ThiWtYo

https://de.wikipedia.org/wiki/Kulturlandschaft

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode

Drucksache 19/372 31.01.2024

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Oskar Lipp, Harald Meußgeier AfD Drs. 19/25

Wiederherstellung der Natur: Pläne der EU stoppen!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: Harald Meußgeier Mitberichterstatter: **Alexander Flierl**

II. Bericht:

- 1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen und der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus haben den Antrag mitberaten.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 02. Sitzung am 7. Dezember 2023 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung FREIE WÄHLER: Ablehnung

> AfD: Zustimmung B90/GRÜ: Ablehnung

SPD: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 03. Sitzung am 23. Januar 2024 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Ablehnung AfD: kein Votum

B90/GRÜ: Ablehnung

SPD: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus hat den Antrag in seiner 04. Sitzung am 31. Januar 2024 mitberaten und mit folgendem Štimmergebnis:

CSU: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Alexander Flierl

Vorsitzender



Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode

22.02.2024 Drucksache 19/512

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Oskar Lipp, Harald Meußgeier AfD Drs. 19/25, 19/372

Wiederherstellung der Natur: Pläne der EU stoppen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 2:

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD. Enthaltungen? Gegenstimmen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Verfassungsstreitigkeit und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder

 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss

 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeit

- Schreiben des Bundesverfassungsgerichts Erster Senat vom 10. Januar 2024 (1 BvR 1726/23) betreffend Verfassungsbeschwerde gegen
 - das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 24. Mai 2023

 BVerwG 9 CN 1.22 –,
 - die Satzung der Universitätsstadt Tübingen über die Erhebung einer Verpackungssteuer (Verpackungssteuersatzung) vom 30. Januar 2020, geändert durch Satzung der Universitätsstadt Tübingen zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Verpackungssteuer vom 27. Juli 2020

PII-G1320.23-0002 Drs. 19/362 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z		Z

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Katja Weitzel, Arif Taşdelen, Florian von Brunn u.a. SPD Folgen einer "Redimensionierung" des Münchner Konzerthauses Drs. 19/18, 19/316 (E)

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO

Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
	Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Oskar Lipp, Johannes Meier, Florian Köhler und Fraktion (AfD) Weitere Grünflation verhindern: CO₂-Maut abschaffen! Drs. 19/24, 19/463 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Oskar Lipp, Harald Meußgeier AfD Wiederherstellung der Natur: Pläne der EU stoppen! Drs. 19/25, 19/372 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler, Florian von Brunn u.a. SPD Fach- und Förderlehrkräfte endlich angemessen besolden Drs. 19/40, 19/468 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	ENTH	Z

 Antrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Ramona Storm, Markus Walbrunn und Fraktion (AfD)
 Liebe zur bayerischen Heimat und zum deutschen Volk – Morgendliches Singen des Bayernliedes und der Nationalhymne an bayerischen Schulen Drs. 19/70, 19/469 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	ohne

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum "**Ablehnung**" zugrunde zu legen.

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Dr. Gerhard Hopp, Kerstin Schreyer u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Arzneimittelversorgung sichern, Innovationskraft im Bereich der Arzneimittelforschung stärken, Innovationsstandort Deutschland sichern, Lieferengpässen entgegenwirken Drs. 19/83, 19/458 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z		Z	A	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Stephanie Schuhknecht u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Potenzial möglicher Bahnhalte im Zuge des Projekts Ulm–Augsburg untersuchen Drs. 19/86, 19/462 (A)

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Schnelle und unbürokratische Umsetzung der Förderrichtlinie für Tierheime (FöR-TH) Drs. 19/87, 19/433 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Verlässlichkeit für Freyung: Verwaltungsgericht oder Kompensation Drs. 19/88, 19/450 (A)

Über den Antrag wird einzeln beraten.

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Obdachlosigkeit beenden – Ergebnisse der Studie zu "Housing First Bayern" Drs. 19/89, 19/464

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Schneechaos im Eisenbahnverkehr Drs. 19/112, 19/461 (A)

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Anna Rasehorn, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD Wie beeinflussen Modellprojekte gegen Wohnungslosigkeit die Hilfenetze vor Ort in Bayern? Drs. 19/114, 19/467 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dieter Arnold, Harald Meußgeier u.a. und Fraktion (AfD) Umweltauswirkungen von Frackinggasimporten klar benennen! Drs. 19/202, 19/434 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD) Kassenbonpflicht abschaffen – Ressourcen schonen und Umwelt schützen! Drs. 19/204, 19/457 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Johannes Meier, Florian Köhler, Oskar Lipp und Fraktion (AfD)
 Berichtsantrag zu Auswirkungen auf die bayerische Wirtschaft durch die Ökodesign-Richtlinie für nachhaltige Produkte (ESPR) Drs. 19/205, 19/454 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	Α

 Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
 Nein zu Stromrationierungen privater Haushalte!
 Ende der Energiewende jetzt!
 Drs. 19/206, 19/455 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD Ein leistungsstarker Wirtschaftsstandort braucht eine leistungsstarke und nachhaltige Energieproduktion und -versorgung – Energiewende endlich Top-Priorität geben! Drs. 19/216, 19/456 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Horst Arnold u.a. SPD EU-Werte schützen – keine Ratspräsidentschaft für Orbáns Ungarn Drs. 19/217, 19/426 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Anhörung zur Lage und Perspektiven der Bauwirtschaft in Bayern Drs. 19/230, 19/460 (E)

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
		Z		Z

zur 11. Vollsitzung am 22. Februar 2024

 Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Martin Wagle, Konrad Baur u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bahnprojekt Ulm–Augsburg: Mögliche Bahnhalte untersuchen Drs. 19/237, 19/459 (E)

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z		Z	Z	Z